

Stellungnahme der Gießener Medizinstudierenden zur Unterfinanzierung der Hochschulmedizin

Wir, die Vertretung der Medizinstudierenden der Justus-Liebig-Universität Gießen, sehen die Qualität von Forschung und Lehre an unserem Fachbereich durch die Unterfinanzierung der Universitäten substantiell bedroht.

Im Folgenden wollen wir den Sachverhalt eingehend thematisieren und daraus begründete Forderungen ableiten.

In Analogie zu den vorigen Jahren, wurde auch das Geschäftsjahr 2013 mit einem Haushaltsdefizit im hohen einstelligen Millionenbereich abgeschlossen. Der Fehlbetrag konnte zwar durch die einmalige Auflösung von Rücklagen und die Umwidmung von Mitteln ausgeglichen werden, zog jedoch die fachbereichsweite Verhängung einer Haushaltssperre durch das Präsidium nach sich, die in modifizierter Form immer noch Bestand hat.

Das für 2014 prognostizierte Defizit beläuft sich zum jetzigen Zeitpunkt bereits auf eine ähnlich hohe Summe, die aber angesichts der Auflösung finanzieller Reserven im Zuge des Haushaltsausgleiches in den Vorjahren zu einem Großteil unbeherrschbar ist.¹

Das Gesamtbudget wird durch Fixkosten wie Personal- und Verwaltungskosten, Mittel für Lehre und Forschung sowie die Verpflichtungen für Berufungszusagen und Projektförderung bereits überschritten. Konsekutiv fehlen die Gelder, um Innovationen und Verbesserungen am Fachbereich zu fördern, was eine erfolgreiche Weiterentwicklung der praxisorientierten, patientennahen Ausbildung akut gefährdet. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass in Hessen – einem der reichsten Bundesländer der Republik – der Landeszuführungsbetrag deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegt. So erhält die Universität pro Studierendem der Humanmedizin pro Jahr 24.200 € vom Land. Verglichen mit dem Bundesdurchschnitt, der bei rund 31.300 € liegt, ergibt

¹ Vgl.: Öffentlicher Teil Fachbereichsratsitzung; Protokolle nach Anfrage beim Dekanat einsehbar.

sich eine Differenz von 7.100 €, woraus ein erheblicher Wettbewerbsnachteil für unseren Standort resultiert.² Zusätzlich ergeben sich aus den prinzipiell begrüßenswerten Exzellenzforschungs-Initiativen (wie z.B. LOEWE) langfristige Verstetigungsverpflichtungen, welche ohne entsprechende Gegenfinanzierung die Situation weiter verschärfen.

Die Aufteilung der durch den Hochschulpakt festgelegten Landesmittel auf die drei medizinischen Fakultäten Hessens (Gießen, Marburg und Frankfurt) erfolgt nicht in einem chancengleichen Wettbewerb, da nicht alle Fachbereiche die zur Vergabe der Gelder herangezogenen Kriterien selbstständig positiv beeinflussen können. So ist es dem Fachbereich Gießen durch die Bindung an die Kapazitätsverordnung nicht möglich, Studierendenzahlen selbstständig zu erhöhen, um zusätzliche Landesmittel akquirieren zu können, wohingegen Frankfurt als Stiftungsuniversität diese Option offensteht. Die unmittelbare Folge ist die Schaffung einer Konkurrenzsituation, bei der die erfolgreiche Einwerbung von Mitteln durch eine medizinische Fakultät stets mit der direkten Schwächung der übrigen einhergeht, was wiederum eine massive Planungsunsicherheit nach sich zieht. Die Landesärztekammer kritisiert bereits in einer Pressemitteilung aus dem Jahr 2010 das Konzept des Hochschulpaktes und betonte, dass „Kürzungen keinesfalls linear an die Medizin weiter gegeben werden [dürften]“.³ Außerdem ginge die Etablierung des Hochschulpaktes nach Angaben der Landesärztekammer mit Kürzungen der an die medizinischen Fachbereiche gezahlten Gelder in Millionenhöhe, und der Befürchtung, es könne zu einem Wegfall von Studienplätzen kommen, einher.⁴

Neben den geschilderten Entwicklungen führen darüber hinaus auch vom Land unzureichend gegenfinanzierte Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst zu einer stetigen finanziellen Mehrbelastung.

Durch die oben geschilderte Situation werden strukturelle Anpassungen notwendig, die mit einem massiven Stellenabbau einhergehen; Zwar konnten für das Wintersemester 2013/14 alle essentiellen, Lehre und Forschung betreffenden Stellen verlängert werden, langfristig sollen jedoch etwa 40 Stellen abgebaut werden, was erhebliche Einschränkungen im universitären Betrieb nach sich zöge.

² Vgl.: Archive Wissenschaftsrat; „Zahlen und Fakten (2008) zur Universitätsmedizin Gießen und Marburg im bundesdeutschen Vergleich (s.Anhang)

³ Vgl.: „Qualität des Medizinstudiums durch Hochschulpakt bedroht“; www.laekh.de; 25.5.2010 (s.Anhang)

⁴ Vgl. ebd.

Im schlimmsten Fall wäre eine Verringerung der zur Verfügung stehenden Studienplätze die Konsequenz. In diesem Fall würde sich die Lage durch die daraus resultierende Verminderung der Landesführungsbeträge weiter verschlechtern und der Fachbereich in eine Abwärtsspirale aus Stellenabbau und Mittelkürzungen geraten.

Die Durchführung von exzellenter Lehre und Forschung ist nur durch entsprechende Investitionen möglich, aber notwendig, um dem Anspruch einer hochqualitativen ärztlichen Ausbildung zu genügen.

Wir fordern deshalb:

1. Die Anhebung des Landesführungsbetrages auf den Bundesdurchschnitt.

Bereits die Angleichung des Landesführungsbetrages (momentan 24.200 €) an das Niveau des Bundesdurchschnitts (31.300 €) ergäbe, bei Zugrundelegung der momentanen Studierendenzahlen (ca. 2400), ein sicheres und wettbewerbsunabhängiges finanzielles Zusatzvolumen von rund 17.000.000 €.

Damit wäre die Haushaltssituation nachhaltig gesichert.

2. Die Etablierung eines nachhaltig tragfähigen Finanzierungskonzeptes für Exzellenzforschung.





Das momentane Finanzierungsmodell für Exzellenzforschung bringt den Fachbereich in eine Zwangslage, da der für die Fakultäten langfristig betrachtet entstehenden Mehrbelastung, nur auf Kosten eines Verzichtes auf die Exzellenzforschung als solche entgangen werden kann. Für die Attraktivität eines Standortes spielt die Exzellenzforschung jedoch eine wesentliche Rolle.

3. Die Schaffung fairer Rahmenbedingungen für die Verteilung der hessischen Landesmittel.

In der jetzigen Form sind die zur Mittelvergabe herangezogenen Kriterien nicht von allen Fakultäten selbstständig positiv beeinflussbar. Eine Umstrukturierung des Konzeptes wäre auch in Hinblick auf ein partnerschaftliches Verhältnis der medizinischen Fachbereiche an den hessischen Hochschulen förderlich.

Um die genannten Ziele zu erreichen, haben wir ein Aktionsbündnis gegründet und hoffen darauf, dass unsere Argumente Gehör finden.

Im Auftrag der Fachschaft Humanmedizin,
Im Auftrag des Aktionsbündnisses ‚Medizinstudierende gegen die Finanznot der Hochschulmedizin‘,

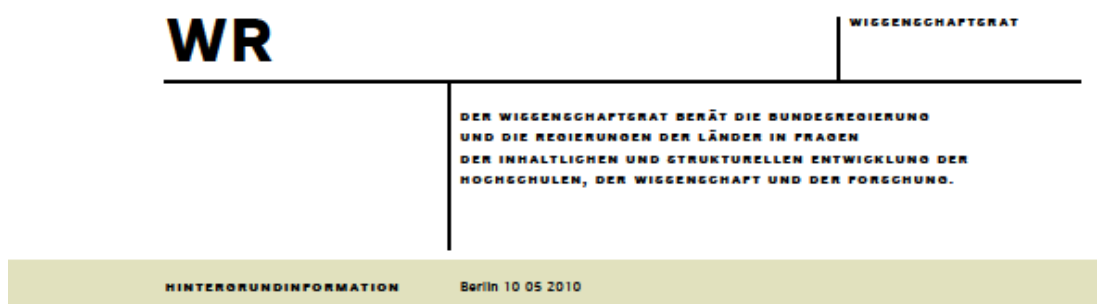
   
André Worm Tim Steinwede Thomas Franke Lennart Trimborn



ANHANG:

Quellen:

1. Archive Wissenschaftsrat; „Zahlen und Fakten (2008) zur Universitätsmedizin Gießen und Marburg im bundesdeutschen Vergleich (s.Anhang)



Zahlen und Fakten (2008) zur Universitätsmedizin Gießen und Marburg im bundesdeutschen Vergleich

	Gießen	Marburg	Durchschnitt
Gesamtpersonal	3.920	3.826	3.831 ¹⁾
Professuren	64	66	113 ¹⁾
wissenschaftliches Personal	869	938	1.073 ²⁾
verausgabte Drittmittel in Mio.€	22,2	21,9	27,0 ¹⁾
Drittmittel je € Landezuführungsbetrag	0,35	0,36	0,34 ¹⁾
Studierende Humanmedizin	2.236	2.369	2.636 ¹⁾
Studierende Zahnmedizin	361	353	357 ¹⁾
andere Studierende	29	332 ³⁾	
Studierende je Professur	40,6	41,2	27,1 ²⁾
Landezuführungsbetrag je Studierenden in T€	24,2	19,7	31,3 ¹⁾
stationäre Behandlungsfälle	41.315	40.235	49.836 ⁴⁾
ambulante Behandlungsfälle	189.374	150.932	175.146 ⁴⁾
Casemix-Index ⁴⁾	1,479	1,301	1,319 ²⁾
Betten pro ärztliche Stelle (2009)	1,8	1,9	2,1 ⁴⁾
Betten pro Pflegekraft (2009)	0,96	0,99	0,98 ⁴⁾
Landezuführungsbetrag in Mio. €	63,6	60,1	82,5 ¹⁾


1) Bundesdurchschnitt 2005 aus: Landkarte Hochschulmedizin, Hrsg. BMBF, Medizinischer Fakultätentag, 2007

2) Evaluationsdurchschnitt des Wissenschaftsrates 2003-2008

3) Studiengänge Humanbiologie und Physiotherapie

4) Casemix-Index=durchschnittlicher Schweregrad der Behandlungsfälle

2. Artikel: ‚Qualität des Medizinstudiums durch Hochschulpakt bedroht‘; www.laekh.de; 25.5.2010



Landesärztekammer Hessen
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Suche

Ärzte | MFA & Arzthelfer/innen | Bürger & Patienten | Presse | **Kammerwahl 2013**

Mitglieder-Portal | Aktuelles | Die Kammer | Kontakt

Ansprechpartner
Pressemitteilungen - Archiv
Aktionen & Projekte
Videos
Experten-Service
Publikationen
Mitgliederstatistiken
Bildarchiv
Organigramme
Infos über das Hessische Krebsregister

Qualität des Medizinstudiums durch Hochschulpakt bedroht

Landesärztekammer fordert Landesregierung auf, Mittelkürzungen für die medizinische Lehre zurückzunehmen

"Die Unterzeichnung des "Hochschulpaktes" am 18. Mai gefährdet die Finanzierung der medizinischen Fakultäten und die Ausbildung der Medizinstudenten in Hessen", mahnt der Präsident der Landesärztekammer, Dr. med. Gottfried von Knoblauch zu Hatzbach. Noch am Vortag der Unterzeichnung des Hochschulsparpakets habe der hessische Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit, Jürgen Banzer, eine Expertenrunde zum Thema "Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung im ländlichen Raum" einberufen und betont, dass insbesondere im ländlichen Raum "massive Engpässe" bei der ärztlichen Versorgung drohen. "Doch was nutzen solche publikumswirksame Einsichten, wenn die Landesregierung gleichzeitig auf Jahre die Mittel für die Universitäten kürzt und dadurch den Abbau von Medizinstudienplätzen und die Verschlechterung der Ausbildung in Kauf nimmt?", kritisiert von Knoblauch.

Ab 2011 verliert die Frankfurter Universität durch den "Hochschulpakt" jährlich 9,3 Mio. €, die Universitäten in Gießen und Marburg sind von Kürzungen in Höhe von 4,4 Mio. bzw. 6,2 Mio. € betroffen. Der Wissenschaftsrat hatte am 7. Mai in seiner Stellungnahme kritisiert, dass die Finanzierung pro Student in Gießen und Marburg bereits seit Jahren weit unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Dies gilt genauso für Frankfurt, wo der Fachbereich Medizin schon seit 2002 nicht am Anstieg des universitären Gesamtbudgets teilgenommen hat. Bei einem Budgetverlust von 3% in Frankfurt und Marburg bzw. 1,8% in Gießen drohen in Hessen in der Medizin und Zahnmedizin rund 42 Studienplätze verloren zu gehen.

"Die Kürzungen durch den "Hochschulpakt" dürfen keinesfalls linear an die Medizin weiter gegeben werden", erklärt von Knoblauch zu Hatzbach. Das Präsidium der Landesärztekammer fordert deshalb die Landesregierung und die Präsidien der Universitäten auf, sich ihrer Verantwortung für die künftige ärztliche Versorgung in Hessen zu stellen und die Medizin von den Sparmaßnahmen auszunehmen.

Artikel vom 25.5.2010

Aktuelles | Termine | Projekte

Für Kammermitglieder: Telefonsprechstunde des Präsidenten
Sie haben Ideen, Vorschläge, Lob oder auch Kritik? Wie kann sich die Landesärztekammer...
mehr

Anmeldung der Auszubildenden zur Abschlussprüfung für Medizinische Fachangestellte im Sommer 2014 vom 7. Mai 2014 bis zum 31. Juli 2014
Auszubildende, die an der Abschlussprüfung für Medizinische Fachangestellte im Sommer 2014...
mehr

29.01.2014 - Informationsabend für neue Kammermitglieder
Im Rahmen eines Informationsabends möchte die Bezirksärztekammer Frankfurt der...
mehr

Hessisches Ärzteblatt

Newsletter | Drucken | Impressum